

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage), Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Westales Carl Wendemuth, für die Anzeigen Rudolf Kohnstamm, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Zille, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern monatlich 2,70 M., ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: Die Zeitg. Kolonnenzeile 20 Pfennig, Inzerate v. auswärts 25 Pfennig, im Blattmetzei Zeile 75 Pfennig. Verlags- u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 6407. — Zeitungspreissliste Seite 411.

Nr. 154.

Halle, Montag den 8. Juli 1918.

2. Jahrgang.

Der deutsche Gesandte in Moskau ermordet.

Moskau, 7. Juli. Die linken Sozialrevolutionäre haben sich zum Mord des kaiserlichen Gesandten bekannt. Ihre im Theater eingeschlossenen Vertreter sind verhaftet. In der Stadt sind Häuflein der Gegenrevolutionäre gegen die Volksherrschaft an verschiedenen Stellen entronnen, die sicher zugunsten der Volksherrschaft zu verurteilt seien. Die Mitglieder der Gesandtschaft und sonstigen Vertreter deutscher Behörden sind unversehrt.

Moskau, 7. Juli. Die linken Sozialrevolutionäre haben sich zum Mord des kaiserlichen Gesandten bekannt. Ihre im Theater eingeschlossenen Vertreter sind verhaftet. In der Stadt sind Häuflein der Gegenrevolutionäre gegen die Volksherrschaft an verschiedenen Stellen entronnen, die sicher zugunsten der Volksherrschaft zu verurteilt seien. Die Mitglieder der Gesandtschaft und sonstigen Vertreter deutscher Behörden sind unversehrt.

Die amtliche Berliner Rundgebung spricht die Vermutung aus, daß es sich bei der Ermordung eines Gesandten um ein von der Entente angelegtes Verbrechen handelte. Diese Annahme ist nur Vermutung. Indessen bei Betrachtung der Treibereien der Entente in Rußland gewinnt diese Vermutung höchste Wahrscheinlichkeit. Die Entente hat, seit vom Anfang des Krieges nicht vor Verbrechen zurückgeblieben, um ihr Ziel zu erreichen. Mit dem Mord an dem kaiserlichen Kronfolger und an Soures hat sie an der Verurteilung des kaiserlichen Gesandten in Christiania, den Zern Coletow von der Wladivostok-Verhandlung zu lassen, scheiterte, dafür hatte England später Gelegenheit, den angeblichen Hochverräter im Wege Rechtens aufzuheben zu machen. Im Hinblick auf den Mord an Soures und dem Mordverbrechen an Coletow kann nicht daran gewagt werden, daß die Entente in ihrer Verzeigerung jedes Verbrechens lässig ist, das es ihren Ziele, Rußland wieder an der Seite der Entente in den Krieg zu ziehen, näher bringen könnte. Dazu kommt das Vergehen der Entente, besonders Englands an der Wurmanküste. Alle zu uns aus Rußland gelangenden Nachrichten kommen, wie schon dieser Tage einmal angeführt wurde, zu uns über Stockholm und sind mehr oder weniger von der Entente inspiriert. Die russischen amtlichen Nachrichten zeigen ein ganz anderes Bild über die Lage in Rußland und Sibirien. Zwar ist die Lage der Bolschewistengeneration keineswegs rosig, sondern im Gegenteil überaus ernst — was die Volksherrschaft selbst zugeben —; aber die schwierige Lage hat in der Hauptstadt ihren Grund in den Ernährungsverhältnissen. Daran erinneren auch die Treibereien der inneren Feinde der Sowjetregierung, zu denen nicht nur die Kobotzen um Wladimirov, sondern auch die rechtssozialistischen Gruppen, namentlich die Menschewiki gehören, den Bolschewiki das Leben. Immerhin darf angenommen werden, daß die Lage der bolschewistischen Regierung besser ist, als sie nach den Stockholm-Entendentschriften wäre. So wurde die letzte Lage gemeldet, daß die Japaner mit Unterstützung der Tschekowaten in Wladimirov gefolgt sind und der Großfürst Thronfolger Michael Alexanderowitsch zum Jaren ausgerufen worden sei und gegen Moskau marschiere. Das ukrainische Pressebureau in Lönauhe hört dagegen von zufälliger Stelle, daß diese Meldungen von Anfang bis zu Ende reine Erfindungen seien. Diese Dementi beweist aber auch, daß die Feinde der Sowjetregierung noch nicht so weit vorgedrungen sind, daß sie eine ernste Gefahr für den Bestand der Sowjetregierung werden könnte. Deshalb bemüht sich die Entente, mit allen Mitteln in Rußland für sich Stimmung zu machen, um die Sowjetregierung zu stürzen und für eine neue Regierung Platz zu machen, die für ihre Zwecke gegen die Wladimirov-Entente mühen kann. Der Mord an dem deutschen Gesandten wäre nach alledem ein Verwechslungsakt, der die Lage der Entente begünstigen würde.

Weiter ist es bis jetzt nicht gelungen, die Verbrecher zu entdecken und festzunehmen. Das bisherige Ergebnis der sofort angestellten Untersuchung läßt die Vermutung zu, daß es sich um im Dienste der Entente stehende Agenten handelt.

Drei Mirbach-Söhne wurde 1871 geboren, im Jahre 1899 als Legationssekretär in diplomatische Dienste und war als solcher im Haag, in London, Paris, und (vom 1908 bis 1911) auch in Petersburg tätig. Von dort kam er als Vortragender Rat an das Auswärtige Amt, 1914 ging er nach Wien, wo er bis zur Vertreibung der Gesandtschaft tätig war. Nach der Wegweisung Rumänien war er dort Leiter der politischen Abteilung der Militärverwaltung. Im Dezember 1917 ging Graf Mirbach im Auftrag der Regierung nach Petersburg, um Ende April 1918 sich dauernd als Gesandter der deutschen Regierung in Moskau niederzulassen.

Die Geschäfte der Gesandtschaft wurden vorläufig vom Geh. Legationsrat Niesler fortgeführt.

Weiter wird gemeldet:

Um sicher in die Gesandtschaft und zum Grafen Mirbach selbst zu gelangen, ließen die beiden Mörder auf Grund eines Ausweises, den sie sich zu verschaffen gesucht hatten, als Delegierte der Kommission zum Kampfe gegen die Gegenrevolutionäre werden und brachten den Prosch eines ungarischen Offiziers Graf Robert Michal zur Sprache. Es ist dies ein dem ermordeten Gesandten persönlich unbekanntes Mitglied eines entfernten ungarischen Zweiges der Familie. Sie hatten sogar die Klitten des Grafen bei sich. Erst nach einiger Zeit gaben beide die Mörder an und schafften auf den Grafen Mirbach, wie auf den Legationsrat Niesler und den Leutnant Müller. Sofort nach Abgabe der Schüsse brangen sie auf den Fenster, der zu ebener Erde liegenden Altimmer und warfen im Sprunge noch Granatknäuel nach den bereits verwundeten Gesandten. Andere Mitglieder der Gesandtschaft wurden nicht verletzt. Die Verbrecher entkamen in einem besetzten Automobils, auf das die überforderte Wachen nicht achteten.

Nachdem Zschifschin und Karadach gleich auf die Nachricht vom Mord auf der Gesandtschaft ihr hießes Bedauern über das Verbrechen, daß sich nicht so sehr gegen Deutschland als gegen die Volksherrschaft richtete,

ausgesprochen hatten, brachen um Stunden später Lenin und Swerdlow, der Präsident des Zentral-Exekutiv-Komitees, vor. Sie gaben die gleiche Erklärung ab und versicherten, daß für die Befreiung der Verbrecher alles nur Menschennützlich getan werde würde.

Es ist weiter festgestellt worden, daß die Mörder sich in das Quartier einer Gruppe der linken Sozialrevolutionäre geflüchtet hatten. Das Quartier ist von Truppen umstellt worden. Die Führer der linken Sozialrevolutionäre Kamenow und Zschibnowa haben sich bisher im Großen Theater, wo alle Mitglieder der Sowjetregierung verammelt sind, nicht eingeschlossen. Es ist so gut wie sicher, daß der Mord

das Signal zu einem Aufstand gegen die Herrschaft der Volksherrschaft

sein sollte. In dieser gegenrevolutionären Bewegung scheint ein Teil der linken Sozialrevolutionäre zusammen mit den rechten Sozialrevolutionären Kamenow und seinen Entendents-Konten beteiligt zu sein. Sowjettum ist Leiter der Entendents-Redaktionen in Moskau und hat Verbindung mit den Tschekowaten und den Menschewiki. Er war Kriegsminister unter Kerenski, und die vor ungefähr 4 Wochen in Moskau erfolgte Verhaftung einer erheblichen Anzahl von Anhängern und Agitatoren hat offenbar seine Organisation nicht genügend geschwächt. Die Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre auch der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolutionäre angehören, dürften zwei von diesen als die Mörder in Frage kommen. Die hauptsächlichste Verantwortung für die schändliche Tat liegen aber Kamenow, der sich zur Zeit verhaftet hält, und seine Anhänger.

Die kaiserliche deutsche Regierung hat ihre Erwartung einer nachdrücklichen Verfolgung der Verbrecher und ihrer Unterdrückung der Sowjetregierung auf das bestimmteste zum Ausdruck gebracht.

wird es sich um nicht mehr als ein Gerücht handeln, denn davon ist kaum zu zweifeln, daß die Kobotzen noch wie vor deutlich sichtbar sind und ihr Spiel im Zusammengehen mit der Entente haben. Aber bemerkenswert ist es doch, wenn dieses konservative Blatt meint, daß jene Leute in Rußland im Aktum seien, die da glauben, das Deutsche Reich etwa durch Wiederherstellung der Monarchie gegen die russische Sowjetregierung engagieren zu können. Es müsse uns, sagte das Blatt, genügen, zu wissen, daß die Bolschewistengeneration nicht gelassen ist, das Ziel der Entente mitzuwandern, sondern sich mit den Tschekowaten abzufinden, die durch den Breiten Frieden geschaffen worden sind, und sich zu den Mittelmächtigen in ein freundschaftliches Verhältnis zu begeben, das leicht auch zu einem freundschaftlichen Verhältnis werden könne, da auf beiden Seiten der Wille da sei, Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen, die bisher einer Annäherung von beiden Seiten hinderlich waren. „Die Bolschewiki mögen wegen ihrer Parteilichung manchmal nicht imstande sein (namentlich unseren Zornern von Krant und Schlot! Schriftleitung der Volksstimme). Aber in der Politik können persönliche Sympathien und Antipathien nicht ausschlaggebend sein für Aktionen, die denen es sich um das Wohl und das Wohl eines ganzen Reiches und um unsere Zukunft handelt.“ So denkt gewissermaßen auch die Reichsregierung. Deshalb wäre es aber nur zu begriuen, wenn die Blätter die Folge hätte, daß den Bolschewiki das Auge nicht nur für die Gefahr, die der russischen Sowjetrepublik von der Entente droht, sondern auch für die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit Rußland und Deutschland gerührt würde. Da auch auf deutscher Seite kein Grund vorhanden wäre, der gegen ein solches Bündnis sprachen könnte, so bliebe nur noch zu wünschen, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits die tuarige Gelegenheit benutze, in ein solches enges und freundschaftliches Verhältnis zu Rußland zu kommen. Dazu wäre aber notwendig, daß die deutsche Regierung in ihrer Politik die einfache, die es den Vertretern der russischen Republik ermöglichen, an die deutsche Freundschaft und Ungewissheit zu glauben, was bis jetzt leider nicht in vollem Umfang möglich war.

Der Staatsrat erinnert daran, daß die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, Graf v. Kettler, am 20. Juni 1890 den Anstoß zu dem deutschen Einmarsch nach China gegeben und die Ermordung des österreichischen Kronfolgers den Weltkrieg entzündet habe, doch aber das blutige Ende des deutschen Gesandten v. Mirbach in Moskau zu Verwundungen keinen Anlaß geben würde. Dazu ist in der Tat keine Aussicht. Die deutsche Regierung hat bereits von der russischen die strengste Bestrafung der Mörder verlangt und dankt zu erkennen gegeben, daß sie nicht daran denkt, an den Mord nach weitere Folgen zu fühlen. Doch aber die russische Regierung es nicht an der Verfolgung und Bestrafung der Mörder fehlen lassen wird, sondern sie gegen die Mörder der Minister der früheren Kerenski-Regierung Schingareff und Sokoloff.

Wie übrigens das Berliner Landblatt erzählt, hat ein Mitglied der bolschewistischen Regierung sich im Laufe der deutschen Gesandtschaft einquartiert zum Beweise, daß die Regierung die Bürgschaft für die Sicherheit des deutschen Gesandtschaftspersonals übernimmt.

Die neue Zeit kennt nur vier Beispiele des Gesandtenmords: die Tötung französischer Gesandter 1799 im bostischen Hofstaat durch Zseker Kuroren, den Todschlag an dem amerikanischen Vertreter in Japan um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, das Ermorden des deutschen Gesandten Prebber v. Kettler in Peking durch die Boxer, das zu dem schrecklichen China-Krieg führte und jetzt den Gesandtenmord in Moskau. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts unterhalten die größeren Staaten ständigen diplomatischen Verkehr miteinander. Diese Einrichtung hat sich nur langsam durchgesetzt. Wenden Briefe kamen aus der Zeit des Sonnenfinks, Ludwig XIV. die französischen Archive, in denen irgendetwas Sovereign droht, den „privilegierten Spion“ aufhängen zu lassen, den ihm Frankreich als Gesandten geschickt hätte. Aber zur Ausübung ist diese Drohung nie gekommen. So ist nach der Meinung, daß letzten Endes die diplomatischen Vertretungen doch das wertvollste Mittel der Völkerverbindung und des Völkerverständnisses seien. Der Anfang des Weltkrieges brachte die Verkürzung der deutschen Volkskraft in Petersburg, wie die jüngste Zeit die Verkürzung des deutschen Einflußbereichs in Rom, aber die Vertreten der Gesandten haben unterdessen, tritt die Heilwörter und Kongratmentenwürde auf den deutschen Botschafter in Moskau haben auch diese letzte Schwärze des Weltkrieges niedergebret.

Belleidschreiben Joffes an die deutsche Regierung

Berlin, 7. Juli. Der Botschafter der russischen Sowjetrepublik Herr Joffe, der zur Zeit entlassen ist von der spanischen Grippe krank liegt, hat die Nachricht von der Ermordung des Grafen Mirbach von der deutschen Regierung erhalten. Er hat nach in einem handschriftlichen Schreiben an den Staatsminister des Auswärtigen Amtes in seinem Namen und im Namen seiner Regierung dem Kaiser und dem Empörer über die Unzulässigkeit des Verbrechens

Zur Verabschiedung der Getränke- Steuern.

Von Hermann Müller-Weichenbach.

In der zweiten Julihälfte soll der Reichstag über 4 Milliarden neue Steuern bewilligen, davon entfallen 1200 Millionen Mark auf neue oder auf Erhöhung bestehender Getränkesteuern. Der 23. August, dem die Bier-, Wein-, Schaumwein- und Mineralwässer- u. S. Steuererhöhungen zur Beratung übergeben werden, hat das Ergebnis seiner Beratungen in ausführlichen Berichten bereits vorgelegt. Der 23. August, dem das Branntweinmonopol zugeht, war, hat zur Zeit, in der diese Zeiten gekommen waren, allerdings erst die erste Lesung der Vorlage beendet. Aber auch er wird seine Arbeiten so rechtzeitig vollenden, daß der erste Monopolgesetzentwurf erledigt werden kann, ehe der Reichstag in die Sommerferien geht. Im vorliegenden Artikel kann deshalb zunächst nur dargestellt werden, in welcher Form die vier wichtigsten Getränkesteuern die Kommission verlassen haben.

Vorabgemacht werden kann, daß das Reichsfinanzamt seinen Willen durchgesetzt hat. Der Komplex der Getränke ist fast so vollständig erledigt, wie es die Regierung beabsichtigte. Nur Kaffee und Schokolade sollen von einer Vollerhebung ausgesetzt mit verschoben bleiben. Im Beharrungszustand der künftigen Friedenszeit werden die Getränke den Mehrertrag von 1200 Millionen Mark bringen, den die verbündeten Regierungen aus ihnen ziehen wollten. Während des Krieges und in der Zeit der Lebensgemeinschaft werden die Erträge allerdings bei den meisten Getränken niedriger sein. Die Erträge aus Bier und Branntweinbereitung werden zum großen Teil zunächst nur für Nahrungsmittelzwecke gebraucht werden. Die Regierung rechnet ferner zunächst mit einem Konsumrückgang von 25 Prozent beim Bier, 15 Prozent beim Wein und 30 Prozent beim Branntwein. Beim Wein und den weinähnlichen Getränken wird aber allgemein angenommen, daß die Ertragsberechnung von 100 Millionen Mark viel zu niedrig gefügt ist und daß in Anbetracht der geringen Weinpreise die Weinsteuer in der nächsten Zeit mindestens das Doppelte des geschätzten Betrages einbringen wird. Wenn die Getränkesteuern in der geforderten Höhe schließlich eine Mehrheit fanden, so nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung ihre Zustimmung zu dem im Hauptausfluß verhandelten Selbstvertragsvertrag davon abhängig machte, daß die Getränkesteuern eine wesentliche Ertragsmindernde Annahme fänden. In dem vorgelegten Entwurf hat die Mehrheit des 22. Ausschusses deshalb auch seine einschneidenden Veränderungen vorgenommen.

Bei der Biersteuer, die 339 Millionen Mehrertrag bringen soll, sind zwar die Einfuhrzölle zugunsten der kleinen und mittleren Brauereien etwas gemindert, aber bei der Schlüssel von 12,50 Pf. beibehalten, wobei der Weizenanteil nicht verändert werden. Der Bierpreis richtet sich nach dem Schlüssel. Das Bier soll Bier mit 12 Pf. Steuer belegt werden, das Bier Einfuhrbier mit 6 Pf. und Starbier mit 18 Pf. Nach dem Regierungsentwurf sollte es dem Bundesrat überlassen bleiben, zu bestimmen, welche Bier als Einfuhrbier zu gelten haben. Der Ausschuss hat das im Gesetz selbst festzulegen. Die Steuer auf ein Stammgewinngewicht hat 4,5 Pf. betragen, soll aber auf 8-13 Pf. und Starbier bis Bier mit einem Stammgewinngewicht von mehr als 13 Pf. Bier mit einem Stammgewinngewicht von 4,5 bis 8 Pf. darf also nicht in den Verkehr gebracht werden.

Der Ausschuss hat die für die Kontingentsüberführung und für neue Brauereien vorgesehene Erhöhung der Steuerfläche noch gesteigert. Neue Brauereien sollen in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes das Dreifache und in den nächsten fünf Jahren das Doppelte der normalen Steuerfläche zahlen. Es gelang jedoch, im Ausschuss mit starker Mehrheit eine Verminderung zur Annahme zu bringen, nach welcher neue Brauereien, die von Gewässern auf geschlossenen Grundstücken errichtet werden, von diesen erhöhten Sätzen nicht betroffen werden. Offenlich geht

es, diese Bestimmung im Plenum aufrechtzuerhalten. Die von Brauereien und der Lebensmittel- und Weinhandelsvereinigungen gegen diese Bestimmung erhobene Klage bei den bürgerlichen Parteien nicht, der Reichstag hat sich mit 2/3 der Stimmen für die Kontingentsüberführung entschieden. Die dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe sind dem Reichstag vorgelegt worden. Die dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe sind dem Reichstag vorgelegt worden.

Ein kleiner Fortschritt ist, daß nach den Beschüssen des Ausschusses das Bier von den Brauereien an noch Angehörigen und Arbeiter gegen Entgelt oder unentgeltlich als Hausbier abgegeben werden dürfen. Ferner wurde in das Gesetz auch eine Bestimmung aufgenommen, die die Entschädigung von Arbeitern und Versicherungsbediensteten, die infolge von Kontingentsübertragungen beschäftigungslos werden oder eine Verminderung ihres Verdienstes erfahren. Der so entzogene Einkommensausfall soll auf die Dauer von 26 Wochen ersetzt werden.

In erster Lesung war ferner ein Antrag angenommen worden, daß vom 1. April 1920 an die Erhebung von Gemeindesteuern auf Bier für unzulässig erklärt und den Gemeinden von diesem Zeitpunkt an 5 Prozent der Reichssteuer nach Maßgabe des örtlichen Vermögens überweisen sollen. Im zweiten Lesung fiel diese Bestimmung aber wieder. Der Antrag wird im Plenum wiederkehren. Die Festsetzung der Doppelbesteuerung des Bieres ist eine alte sozialdemokratische Forderung.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission haben gegen die Biersteuer entschieden. Es war im übrigen bezeichnend, daß gegen die hohen Sätze des Regierungsentwurfes aus Interessentkreisen im Gegensatz zu früheren Zeiten keine energische Opposition gemacht wurde. Das rührte daher, daß das Braufkapital mit noch höheren Sätzen gerechnet hätte!

Beachtenswert war der Kampf um die Weinsteuer. Die meisten Weingerber und Weinhandeler erklärten, daß der Wein allerdings 10 Prozent Steuer betragen könnte. Mit übermäßiger Mehrheit hätte die Kommission in erster Lesung auch beschlossen, die nach dem Wert zu bemessende Steuer von 20 Prozent, wie die Regierung vorschlug, auf 10 Prozent herabzusetzen. Gegen diesen Beschluß arbeitete die Regierung mit Nachdruck, und ließ sie, in zweiter Lesung bewilligten auf Grund von Fraktionsbeschlüssen die Vertreter der bürgerlichen Parteien die vorher für unannehmbar erklärten 20 Prozent. Die Gründe des Ausschusses waren einerseits die Rechnungen über den Weinsteuerkontingents und andererseits in einzelnen Fraktionen der Mitte die Höhe der Weinsteuer in eine gewisse Relation insbesondere zur Biersteuer zu bringen. Damit waren sich alle bürgerlichen Parteien einig, daß eine Weinsteuer angestrichen für Finanzlage des Reiches diesmal nicht zu vermeiden sei. 1894 und 1908 wurden die Weinsteuererlöse der Bundesstaaten bekanntlich im Reichstage abgelehnt. Die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder waren einer Verringerung der neuen Weine nicht abgeneigt. Bei den hohen Weinpreisen hat die Regierung sich einig gefunden, im dem Reichstag einen Antrag zu stellen, der die Weinsteuer auf 10 Prozent herabzusetzen und die Weinsteuererlöse dem Reich zu übertragen. Dieser Antrag wurde im Reichstag abgelehnt. Die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder waren einer Verringerung der neuen Weine nicht abgeneigt. Bei den hohen Weinpreisen hat die Regierung sich einig gefunden, im dem Reichstag einen Antrag zu stellen, der die Weinsteuer auf 10 Prozent herabzusetzen und die Weinsteuererlöse dem Reich zu übertragen. Dieser Antrag wurde im Reichstag abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder waren einer Verringerung der neuen Weine nicht abgeneigt. Bei den hohen Weinpreisen hat die Regierung sich einig gefunden, im dem Reichstag einen Antrag zu stellen, der die Weinsteuer auf 10 Prozent herabzusetzen und die Weinsteuererlöse dem Reich zu übertragen. Dieser Antrag wurde im Reichstag abgelehnt. Die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder waren einer Verringerung der neuen Weine nicht abgeneigt. Bei den hohen Weinpreisen hat die Regierung sich einig gefunden, im dem Reichstag einen Antrag zu stellen, der die Weinsteuer auf 10 Prozent herabzusetzen und die Weinsteuererlöse dem Reich zu übertragen. Dieser Antrag wurde im Reichstag abgelehnt.

besteht, nicht so leicht etwas schaffen lassen. Die Erfahrungen mit der Fahrkarten- und der Zuckersteuer haben bei den den vergangenen Friedenszeiten zur Genüge bewiesen. Der Ausschuss hat es auch nicht übersehen, daß die Beschüsse des Ausschusses des Reichstages vom 1. Juli 1920 außer Kraft treten wird. Denn vorläufig daran, daß die Weinsteuer 1920 außer Kraft treten wird?

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden. Die Weinsteuer wird hauptsächlich in Süddeutschland und im Elsaß-Württemberg, wo die Weinwirtschaft in hohem Maße blüht, erhoben werden.

Montag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, St. Nikolaus, Sächsischer Hausfrauenbund e. V.

Vortrag über Einkochen von Gemüse und Obst in ungesunderer Kriegszeit. [1341] Mitgliedkarte mitbringend Mitglied 20 Pf. Eintritt. Der Vorstand.

Konzert der Schulchöre des Stadtgymnasiums, der Oberrealschule und des Reformrealgymnasiums mit dem Männergesangsverein von 1911, unter Mitwirkung der Musikabteilung beim Ers. Bataillon, des Landw.-Infant.-Regiments Nr. 38. Leitung: Obermusikmeister Ermlich. Leitung der Chöre: Königlich. Musikdirektor Wurf schmidt

Dienstag, 16. Juli, abends 8 Uhr

im **Bad Wittekind** zugunsten der Kriegsbeschädigten-Pfirsorge. Eintritt 1 Mark.

Die Kartensteuer ist vom Magistrat erlassen worden. Die Veranstaltung ist wegen der unsicheren Witterung von Montag, 8. Juli, auf Dienstag, den 16. Juli, verschoben worden. Die gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit. [1340]

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung. Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von **H. Dreßler**. Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Internationalität und der Krieg von Axel Rantohj - Preis 20 Pf.

Utop-Lothringen und die Sozialdemokratie von Hermann Weibel - Preis 40 Pf. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme, Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden. Einzelnummer 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei: Modensneider / Frauenanzug / Praktische Damenmode Hausweidner / Sommeranzug / Deutsche Modenschnitt

Kaffeegarten Trotha. Brennholz

Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torten. [1907] Prehrger Bier. [1907] GutsMuths. [1907] GutsMuths. [1907] GutsMuths.

Möbel sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bestellungen, Patentrahmen und dreiteiligen Tünnens, Schreibeisen, Sessel etc., Federbetten, Pflanzstühle. Bequeme Zahlungsweise. **Eichmann & Co.** Groß. Waren- u. Möbel-Kredithaus Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße

Bad Wittekind. Dienstag: 8. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Kur-Konzert** vom 1382 Stadttheater-Orchester, Leitung: Kapellmeister Karl Höhrn. Eintrittspreise: Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf. Reservierungen sind gütig. Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr: **Mittler-Konzert.**

Stadt-Theater Dienstag, 8. Juli, abends 7 30 Uhr: **Der Revijor.** Komödie von Gogol. Mittwoh: Die wten Augen.

Spielwaren in großer Auswahl zu billigen Preisen [1386] im **Kaufhaus H. Elkan,** Leipziger Straße 87.

Schuhe und Stiefel werden besetzt und repariert [1900] Burgstraße 46, p. 2.

